



Kurzbericht Tagungsveranstaltung „Evaluation und Wirkungsmessung in der politischen Bildung“, 6. und 7. Dezember 2024

Die Tagungsveranstaltung „Evaluation und Wirkungsmessung in der politischen Bildung“ wurde von der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* unter Beteiligung der *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Transfer für Bildung e.V.* organisiert und fand in den Räumen der bpb in Bonn statt. An zwei Tagen wurde über Bildungsziele und Qualitätskriterien politischer Bildung sowie die methodischen Herausforderungen der Evaluation von Bildungsprozessen und der empirischen Beobachtung ihrer Wirkungen diskutiert. Dabei wurde gezielt auch der Austausch mit benachbarten Disziplinen, wie etwa der Besucher/-innenforschung in kultureller Bildung und Gedenkstättenarbeit, Extremismusprävention und Demokratieförderung, sowie der sozialpsychologischen Einstellungsforschung gesucht.

Ziel der Diskussionsveranstaltung war es, auf Basis eines kollegialen Austauschs zu praktikablen Lösungsansätzen für die folgenden Problemstellungen zu gelangen:

- Die Entwicklung einer breit anwendbaren und vergleichbaren, aber dennoch kontextsensiblen Systematik von Bildungszielen,
- die Systematisierung von Qualitätskriterien für Bildungsprozesse sowie deren Evaluation und
- die Weiterentwicklung wissenschaftlich belastbarer, aber ausreichend praxisnaher Evaluationsdesigns und -instrumente.

Input-Vorträge und Austauschforen

Zu jedem der oben genannten Themen diskutierten die Teilnehmer/-innen in interdisziplinärer Kleingruppenarbeit Problembeschreibungen und Lösungsmöglichkeiten. Gerahmt wurden diese Austauschforen durch Input-Präsentationen von Expert/-innen aus den Bereichen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung sowie der Extremismusprävention und Demokratieförderung.

Professorin Dr. Monika Oberle (Goethe Universität Frankfurt) eröffnete die Veranstaltung mit einem Vortrag zu Bildungszielen, in dem sie diese zunächst auf relativ abstrakter Ebene fasste (politische Mündigkeit und Adornos Imperativ „dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“) um im Folgenden mehrere Modelle der Politikkompetenz und deren je eigene Vor- und Nachteile vorzustellen (GPJE, Detjen et al., ICCS, Europarat 2016).

Ina Bielenberg (Geschäftsführerin Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.) leitete die zweite Diskussionsrunde zum Thema Qualitätskriterien ein und hob dabei zunächst auf die Bedeutung der unterschiedlichen Zielsetzungen und Verwendungskontexte solcher Kriterien ab (schulisch vs. außerschulisch, selbstreflexiv vs. politisch-administrativ). Sie benannte sodann ein breit konsensfähiges Set an Qualitätsmerkmalen (Teilnehmendenorientierung, Lebensweltbezug, Prozessorientierung, Ergebnisoffenheit, Freiwilligkeit der Teilnahme, Kontroversität, Wissenschaftsbezogenheit, Handlungsorientierung, Themenoffenheit sowie Demokratie- und Menschenrechtsorientierung), verwies aber zugleich darauf, dass diese für die einzelnen Bildungsmaßnahmen kontextspezifisch angewendet und operationalisiert würden.

Professor Dr. Julian Junk (Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit) präsentierte zur Einleitung der Diskussion über Evaluationsmethoden zunächst Ergebnisse des kürzlich vorgelegten „Preval-Monitors“, in dem u.a. Trends in der Nutzung von Evaluationsmethoden im Feld der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung analysiert wurden. Seine Überblicksdarstellung zu aktuellen Entwicklungen des Evaluationsdiskurses in diesem Feld

verband er mit einem Plädoyer für methodischen Nonkonformismus, eine konsequente Problem- und Lösungsorientierung sowie einen bewussten Methodenpluralismus.

Die Diskussionsinhalte der Austauschforen sowie der gemeinsamen Plenumsrunden können hier nur schlaglichtartig berichtet werden. Sie umfassten u.a. die folgenden Punkte:

- In Bezug auf Bildungsziele wurde die grundlegende Frage kontrovers diskutiert, inwieweit Bildungsziele für die non-formale politische Bildung überhaupt im Voraus definierbar seien, oder ob dies in Widerspruch zum Grundsatz der Subjektorientierung politischer Bildungsprozesse stehe. Hierbei zeigten sich auch immer wieder die Herausforderungen, die durch unterschiedliche Begriffsverständnisse in Bezug auf Kernkonzepte, wie „Bildung“ oder „Mündigkeit“ entstehen.
- Es wurde in diesem Zusammenhang auch die Normativität politischer Bildung kontrovers diskutiert, d.h. ob und inwiefern neben Urteilsfähigkeit und Kritikfähigkeit auch eine grundsätzliche Bejahung der Demokratie, des Pluralismus und der Menschenrechte zu deren Zielen gehöre – trotz aller Freiwilligkeit und Offenheit von Bildungsprozessen.
- Der Versuch, Bildungsziele für die politische Bildung im Rückgriff auf existierende Kompetenzmodelle zu entwickeln, zeigte in den Augen vieler Teilnehmer/-innen, dass diese für die non-formale politische Bildung weiterer Anpassung bedürfen. Als möglicher Ansatz hierzu wurde die Kombination mehrerer Kompetenzmodelle diskutiert.
- Die von Ina Bielenberg vorgestellten Qualitätskriterien wurden von allen Teilnehmenden als relevant für die non-formale Bildungsarbeit angesehen und bejaht. Ihre Evaluierbarkeit und Operationalisierbarkeit wurde als grundlegend möglich und wünschenswert beurteilt, jedoch fehlten für die konkrete Umsetzung in spezifischen Bildungskontexten oft noch die Instrumente und Mittel.
- Es besteht in der non-formalen politischen Bildung eine große Bandbreite an Settings, die sich im Hinblick auf ihre Zielsetzungen und Evaluationsanforderungen unterscheiden. Eine Systematisierung und Vereinheitlichung von Zielen, Indikatoren und Methoden sei daher nur insoweit sinnvoll, als sie zugleich die Vielfalt der Landschaft berücksichtigt. Um dennoch die Verfügbarkeit von Evaluationsinstrumenten und die Vergleichbarkeit von Ergebnissen zu stärken, könnte eine Untergliederung typischer Evaluationsansätze für unterschiedliche Bildungssettings ein erfolgreicher Ansatz sein.

Podium und Abschlussplenum

Auf einem abschließenden Podium wurden aktuelle Entwicklungen in der Konzeption und Umsetzung von Evaluation und Wirkungsmessung anhand von konkreten Praxisbeispielen diskutiert. Hierbei kamen Expert/-innen aus den Bereichen der Evaluationsforschung, der Besucher/-innenforschung und der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung zu Wort.

PD Dr. Rainer Strobl (proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation) betonte die Bedeutung einer systematischen Berücksichtigung von Wirkung in allen Phasen eines Evaluationsprozesses, beginnend mit der Entwicklung einer differenzierten Programmtheorie. Dies sei insbesondere für Non-Profit-Organisationen entscheidend, da diese sich, im Gegensatz zu Profit-Organisationen, nicht auf die Messung von subjektiv empfundenen Wirkungen („Kundenzufriedenheit“) beschränken könnten. Er schloss mit einem Ausblick auf unterschiedliche methodische Ansätze der Wirkungsevaluation.

Dr. Thomas Renz (Institut für kulturelle Teilhabeforschung) gab einen Überblick über Methoden und Praxis der Besucher/-innenforschung in Kultureinrichtungen. Hierbei werde die Frage nach dem, was ein Besuch bewirkt, bislang kaum erforscht. Stattdessen liege der Fokus auf der Zielgruppenanalyse und der Identifikation der Einflussfaktoren, die zum (Nicht-)Besuch einer Einrichtung führen. Eine aktuelle Entwicklung, die u.a. durch das vorgestellte Forschungsprojekt „KulMon“ vorangetrieben wird, sei hier, sich nicht nur auf soziodemografische Standardvariablen zu begrenzen, sondern auch psychografische und Lebensstilansätze einzubeziehen.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive thematisierte Dr. Marcus Eisentraut (Universität zu Köln) das grundlegende Problem der Vergleichbarkeit von Messinstrumenten über unterschiedliche Teilnehmer/-innengruppen und Untersuchungskontexte hinweg („Messinvarianz“). Messen wir wirklich dasselbe, wenn wir z.B. mit einem Fragebogen verschiedene Gruppen zu Einstellungen, Bewertungen oder

Wahrnehmungen befragen? Eisentraut sensibilisierte für Messinvarianzprobleme anhand von Beispielen aus seiner Forschung zu politischen Einstellungen.

Die Inhalte der abschließenden Plenumsdiskussion kreisten u.a. um die folgenden Themen:

- Der von Julian Junk empfohlene methodische Nonkonformismus und die Feststellung, dass angesichts begrenzter Ressourcen die „second best“ Option häufig zielführender sei als ein letztendlich ergebnisloses Beharren auf vermeintliche Goldstandards, stieß auf viel Zustimmung. Oftmals könne es sinnvoller sein, nur Teilaspekte oder einzelne Qualitätskriterien zu evaluieren und anschließend ggf. Ergebnisse aus verschiedenen Studien zusammenzutragen.
- Aus der Perspektive der Förderempfänger wurde ein Bedarf nach Evaluationen ohne Leistungsdruck hervorgehoben: Evaluationen sollten gerade auch dazu dienen können, Leerstellen und Fehler zu identifizieren, um die eigenen Maßnahmen zu verbessern, ohne dadurch den Fortbestand der Förderung zu riskieren.
- Zugleich wurde ein großer Forschungsbedarf bezüglich der Bildungspraxis angemeldet, um mehr evidenzbasiertes Wissen über die Durchführungsqualität und Wirkfaktoren von Bildungsprozessen zu generieren. So existiere bislang etwa kaum Forschung zu den Motiven von Personen, die Angebote der politischen Bildung wahrnehmen.
- Problematisch sei zudem, dass Evaluationen oftmals durch Politik und Fördergeber angeleitet bzw. initiiert, und so vor allem mit einer Rechenschaftsfunktion verknüpft würden. Es brauche Ressourcen um demgegenüber die selbstreflexiven Funktionen von Evaluation für die Praxisakteure zu stärken und dadurch auch eine bessere Argumentationsgrundlage für die kritische Auseinandersetzung mit Politik und privaten Stiftungen zu schaffen bzgl. adäquaten Wirkungszielen, Erfolgsindikatoren und Evaluationsmethoden.
- Es gibt bei Trägern politischer Bildung oftmals große Datensätze aus Selbstevaluationen, die am Ende von Veranstaltungen eingeholt, aber meist aus Gründen der Ressourcenknappheit nicht systematisch aufbereitet werden. Dieses ungenutzte Wissen könnte bspw. über eine Forschungsstelle oder ein Projekt verfügbar gemacht werden.
- Die weitere Verständigung über die Eigenlogik des Feldes der politischen Bildung, dessen besonderen Qualitätsmerkmale, Funktionsweise und Anforderungen, wird als wichtig erachtet. Eine Besonderheit sei, dass die politische Bildung von Seiten der Politik oft eine bestimmte Funktion einnehmen solle, die nur bedingt mit dem Selbstverständnis der politischen Bildner/-innen übereinstimme. Diese externe Sicht und Erwartungen gelte es zu analysieren und hierzu aus Sicht von Fachpraxis und Forschung Stellung zu beziehen.
- Das Fehlen von Theorien und Grundlagentexten zum Bildungsverständnis und anderen Kernkonzepten der non-formalen politischen Bildung wurde als Problem identifiziert. Hierbei gelte es, neben einer adäquaten Berücksichtigung der internen Heterogenität des Feldes auch die Unterscheidung gegenüber anderen Settings wie der schulischen politischen Bildung herauszuarbeiten.
- Die durch die stetige Erweiterung der Trägerlandschaft, aber auch die wachsende Bedeutung digitaler Medien und Formate erfolgte Vervielfältigung von Aktivitäten und Fragestellungen der politischen Bildung, z.B. im Bereich Empowerment, Medienbildung oder Prävention, sei eine weitere Herausforderung.
- Grundsätzlich wurde die Wichtigkeit einer gezielten Rezeption von Erkenntnissen aus Nachbardsdisziplinen betont, um deren Forschungsergebnisse und -Methoden, bspw. aus der Medienpädagogik, für die politische Bildung nutzbar zu machen.

Für mögliche Folgeveranstaltungen wurden u.a. folgende Desiderate und Anregungen formuliert:

- Die gegenwärtige Diskussion zeigt: Es existieren vielfältige Grundlagen und Modelle für Ziele, Qualitätskriterien und Evaluationsmethoden in der politischen Bildung. Das bedeutet aber auch, es besteht nach wie vor Bedarf an einer stärkeren Sichtbarmachung, um diese verschiedenen Ansätze für die politische Bildung besser nutzbar zu machen, mit dem Ziel einer breiteren Verfügbarmachung von Evaluationsressourcen mit möglichst niedrigeschwelligem Zugang. Zugleich sei eine bessere Vergleichbarkeit und Verwertbarkeit von Ergebnissen anzustreben. Voraussetzung für beides sei ein gewisser Grad der Einheitlichkeit in Zielen, Kriterien und Methoden.
- Es wird angeregt, auf künftigen Veranstaltungen noch näher an der Bildungspraxis (mit Fallbeispielen, Praktiker/-innen) zu arbeiten und hierbei stärker nach Bildungssettings zu differenzieren und ggf. auch in kleineren Arbeitsgruppen zu tagen.

- Im Zusammenhang mit Fragen von Zieldefinition und Qualitätskriterien sollten Fragen der Zielgruppenorientierung und -erreichung stärker mitberücksichtigt werden.
- Für Folgeveranstaltungen wird zudem ein Bedarf an einer klareren Formulierung von Arbeitsaufträgen bzw. Zielvorgaben geäußert. Offene Diskussionen seien zwar angesichts der großen Praxisvielfalt und des lückenhaften Forschungsstands wichtig, aber für die Entwicklung von Problemlösungsansätzen nicht immer produktiv. Für einen fokussierten und effizienten Arbeitsablauf sollte auch das Teilen von Vorlagen und Textentwürfen vorab erwogen werden.
- Die grundsätzliche Verständigung über die Eigenlogik des Feldes und dessen begrifflich-konzeptionelle Grundlagen wird als wichtig und fortsetzungswürdig bewertet. Hierzu könnte ein konkretes Arbeitsziel die Entwicklung eines Handbuch- oder Glossar-Textes sein, der Kernkonzepte der non-formalen politische Bildung definiert.